

Ist die Arbeitslosigkeit statistisch geschönt?

Fünf Mythen zum Arbeitsmarkt in Österreich

Die Regierung rühmt sich mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit in der EU, viele entgegnen, dieselbe sei das Resultat statistischer Tricks. Arbeitslose würden in AMS-Kursen und in der Pension versteckt, die Teilzeit sei stark angestiegen und außerdem sei die relativ geringe Arbeitslosigkeit nur durch Staatsschulden erkaufte. Die FPÖ spricht überhaupt von Rekordarbeitslosigkeit. Diesen Argumenten gilt es auf den Zahn zu fühlen.

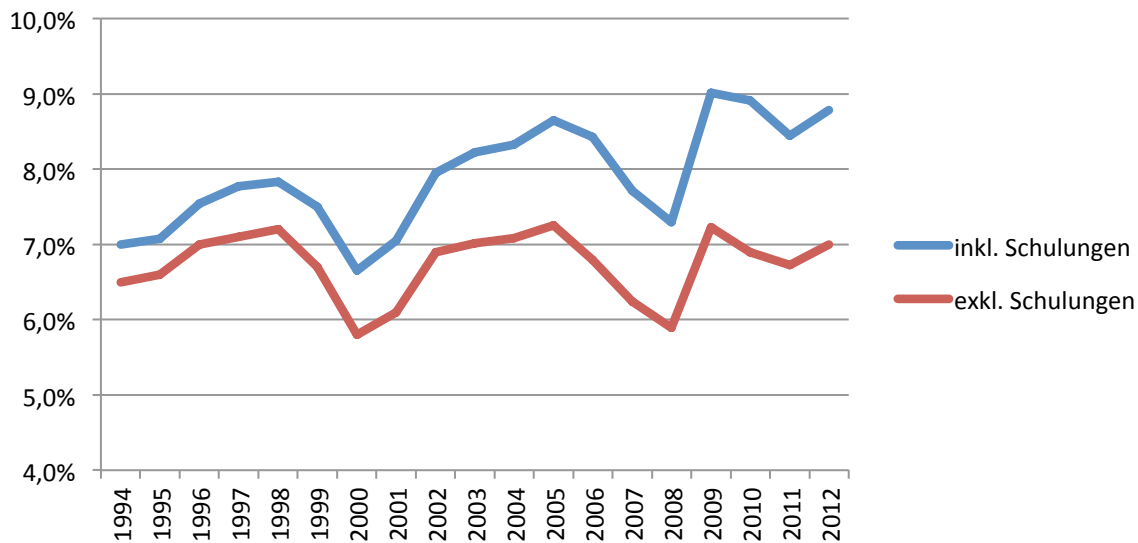
1. Mythos 1: „In Österreich herrscht Rekordarbeitslosigkeit“

Immer wenn in der Wirtschafts- und Sozialstatistik ausschließlich mit absoluten Zahlen argumentiert wird ist das ein sicherer Garant dafür, dass es unseriös wird. Das gilt für Milliardensummen von Staatsschulden, die in keine Relation zum Vermögen oder zur Wirtschaftsleistung gesetzt werden, wie für Arbeitslosenzahlen. Es ist durchaus pikant absolute Arbeitslosenzahlen als reine Quantitäten zu betrachten, weil dahinter hunderttausende Einzelschicksale stehen. Wenn man Politik aber messbar und vergleichbar machen möchte, muss man versuchen seriöse Indikatoren wie die relative Arbeitslosenquote zu bilden.

Der Punkt ist, dass nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch die Beschäftigten zunehmen. Das liegt daran, dass erstens die erwerbsfähige Bevölkerung (15-64-jährige) durch Zuwanderung etc. wächst und zweitens, immer mehr Menschen (Frauen, Studierende etc.) auf den Arbeitsmarkt drängen, die das vorher noch nicht getan haben. Es ist also sinnlos die Anzahl der Arbeitslosen nicht in Relation zur (erwerbsfähigen) Bevölkerung zu setzen, weil bei Bevölkerungswachstum die absolute Zahl der Arbeitslosen automatisch steigt. Steigt die Zahl der Arbeitslosen aber langsamer als jene der erwerbsfähigen Bevölkerung, dann sinkt die Arbeitslosigkeit, obwohl es in absoluten Zahlen womöglich einen Rekord an Arbeitslosen gibt.

Stichwort Rekord – diesen hält bei der seriösen, statistischen Arbeitslosenquote nach nationaler Berechnung immer noch die Regierung Schüssel mit 7,3 Prozent im Jahr 2005. Danach folgt das Krisenjahr 2009 mit 7,2 Prozent. Im August 2013 lag die Arbeitslosenquote bei 6,9 Prozent, das ist nicht erfreulich, aber definitiv kein Rekord.

Arbeitslosigkeit inkl. und exkl. Schulungen in Österreich 1994-2012



Quelle: Statistik Austria, AMS, eigene Berechnungen

Die aktive Arbeitsmarktpolitik ist ein wertvoller Baustein der österreichischen Beschäftigungspolitik, weil sie den Menschen anstelle von Untätigkeit eine Form der Qualifizierung ermöglicht. Es sind mit Sicherheit noch nicht alle AMS-Kurse qualitativ ausgereift, aber das Konzept ist richtig und Verbesserungsbemühungen finden statt. Aus der obigen Abbildung können lässt sich herauslesen, dass die Arbeitslosigkeit ohne aktive Arbeitsmarktpolitik durch die Krise wesentlich stärker angestiegen wäre (auf neun Prozent) und bis und heute durchgehend um fast zwei Prozent höher liegen würde.

2. Mythos 2: „Der Europavergleich hinkt, Österreich versteckt seine Arbeitslosen in den AMS-Kursen“

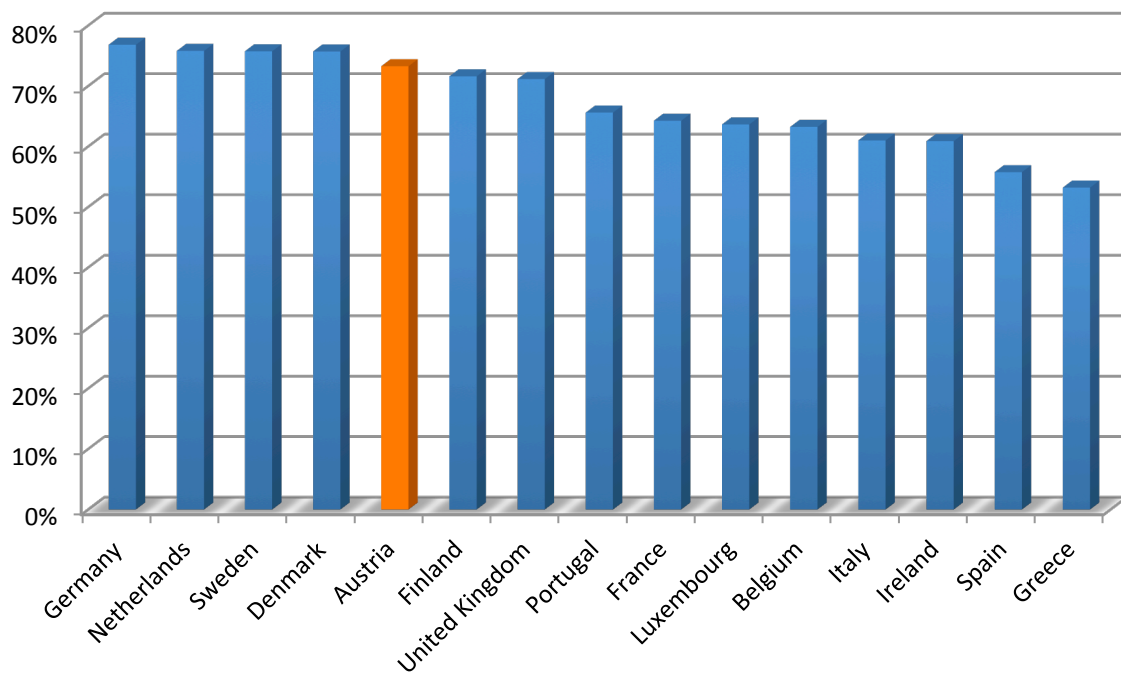
Wie viele Arbeitslose in AMS-Kursen sitzen ist für unsere nationale Erhebungsmethode der Arbeitslosigkeit relevant, jedoch nicht für den europäischen Vergleich. Für diesen ruft die Statistikbehörde Eurostat Haushalte an und fragt, ob sie letzte Woche mindestens eine Stunde Erwerbsarbeit geleistet haben. Ist dies der Fall, gilt die/der Betroffene nicht als arbeitslos. Diese Erhebung mag unzufriedenstellend sein um das genaue Niveau der Arbeitslosigkeit zu beziffern – dafür eignet sich die nationale Statistik auch besser. Für den europäischen Vergleich ist die Methode jedoch ausreichend, weil alle Haushalte in der EU die gleiche Frage gestellt bekommen. Die Aussage „Österreich hat die niedrigste Arbeitslosigkeit in der EU“ ist also korrekt, weil die Erhebung überall gleich funktioniert.

3. Mythos 3: „Österreich versteckt seine Arbeitslosen in der Pension“

Hat Österreich eine niedrigere Arbeitslosigkeit als andere, weil die Politik die Menschen in der Pension versteckt? Die Antwort lautet ebenfalls nein. Um das zu verdeutlichen ist die so genannte Beschäftigungsquote hilfreich, also der Anteil aller berufstätigen Menschen an der erwerbsfähigen Bevölkerung, das sind gemeinhin die 15-64-jährigen. Wäre diese Quote tatsächlich niedriger als in anderen Ländern würde dies darauf hindeuten, dass viele

unfreiwillig Arbeitslose in der Statistik nicht auffallen, weil sie entweder noch studieren, in Pension sind oder als Hausfrauen deklariert sind. Allerdings ist die Quote in Österreich nicht niedriger, sondern höher als im EU-Schnitt. Es sind 73 Prozent aller Erwerbsfähigen auch wirklich erwerbstätig, das ist Platz 5 innerhalb der alten EU-15-Staaten. Hinter Österreich liegen Staaten wie Finnland, Großbritannien oder Belgien.

Beschäftigungsquoten in der EU 2013

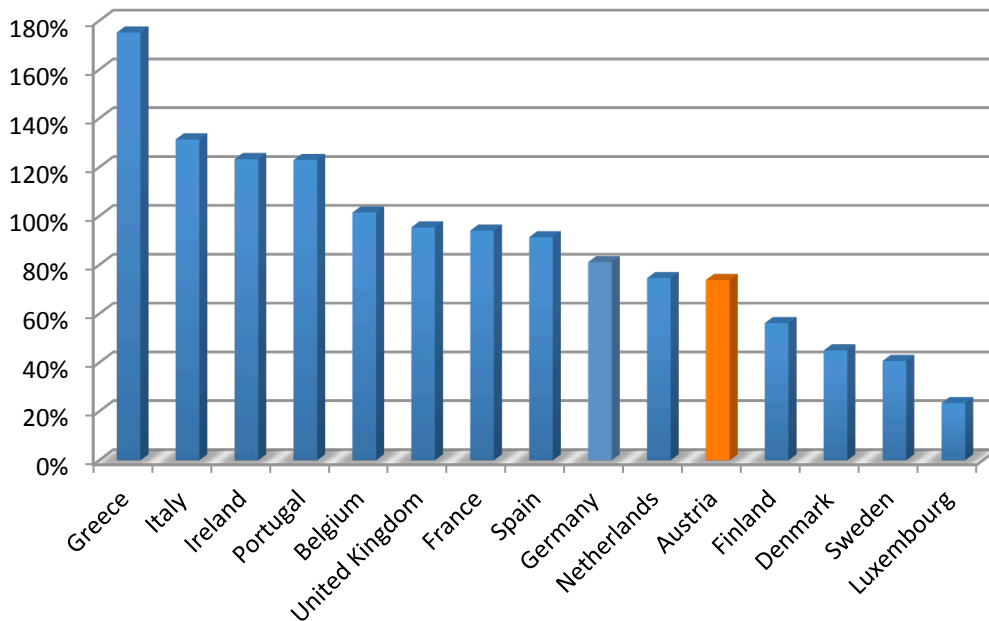


Quelle: Amecodatenbank der EU-Kommission

4. Mythos 4 „Österreich hat sich die geringe Arbeitslosigkeit mit hohen Schulden erkaufte“

Hat Österreich eine niedrigere Arbeitslosigkeit als andere, weil die Republik signifikant mehr Schulden als andere aufgenommen hat, wie man zurückgehend auf Kreiskys berühmte Präferenz zwischen Staatsschulden und Arbeitslosigkeit vermuten könnte? Die Antwort lautet nein, unter den alten EU-15-Staaten liegt Österreich 2013 mit seiner Verschuldungsquote (Verschuldung gemessen am BIP) von 74% auf Platz 5, das heißt besser als die Niederlande, Deutschland oder Großbritannien.

Staatsverschuldung in Prozent am BIP in den EU-15 im Jahr 2013



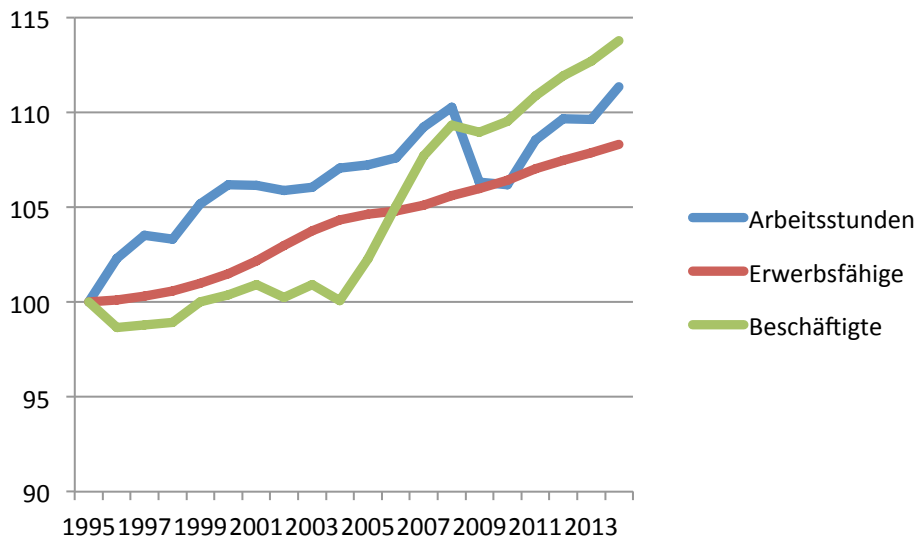
Quelle: Amecodatenbank der EU-Kommission

5. Mythos 5 „Die Arbeit wird immer weniger“

Es stimmt, dass Teilzeitbeschäftigung und prekäre Beschäftigungsverhältnisse in Österreich zunehmen, nichtsdestotrotz wächst auch das gesamte Arbeitsvolumen. Im Jahr 1995 wurden in Österreich 6,3 Milliarden Arbeitsstunden geleistet, 2005 waren es knapp 6,8 Milliarden und 2013 sind es fast sieben Milliarden Stunden. Natürlich kann auch eine positive Wachstumsrate des Arbeitsvolumens ungenügend sein, wenn gleichzeitig die erwerbsfähige Bevölkerung der 15-64-jährigen rascher ansteigt, womit es im Saldo weniger Arbeit für alle gäbe. Nun, das war aber nicht der Fall, die Arbeitsstunden sind trotz des Kriseneinbruchs rascher angestiegen als die erwerbstätige Bevölkerung. Die erwerbsfähige Bevölkerung ist seit 1995 um 7,9 Prozent gewachsen, die geleisteten Arbeitsstunden aber um 9,6 Prozent. Die Arbeit pro Erwerbsfähigem wird in Österreich also nicht weniger, sondern mehr. Es ist allerdings noch eine Spur komplexer: Die Beschäftigung ist stärker gewachsen als die erwerbsfähige Bevölkerung, was bedeutet dass z.B. mehr Frauen oder Studierende auf den Arbeitsmarkt drängen, die das vorher nicht getan hatten. Die Beschäftigung ist mit plus 12,7 Prozent sogar stärker gestiegen als die Entwicklung der Arbeitsstunden, das heißt pro Beschäftigtem gibt es weniger Arbeit, pro Erwerbsfähigem aber mehr.

Es gibt also immer mehr Arbeit in Österreich, nur steigt die Zahl der Menschen die auf den Arbeitsmarkt drängen noch stärker an, womit für die einzelnen Beschäftigten weniger Arbeit pro Kopf überbleibt. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Leiharbeit, und zunehmende Teilzeitbeschäftigung sind keine Folge eines Mangels an Arbeit, sondern Abbild einer Aushebelung von Arbeitnehmerrechten. Bei vernünftiger Entlohnung, umfassender sozialer Absicherung und einer gerechten Verteilung der Teilzeit zwischen den Geschlechtern, wäre eine Verteilung der Arbeit auf mehrere Schultern kein Schaden für die Gesellschaft.

Entwicklung der geleisteten Arbeitsstunden, der erwerbsfähigen Bevölkerung und der Beschäftigten in Österreich (1995 = 100)



Quelle: Amecodatenbank der EU-Kommission

Wie man es auch dreht und wendet, die gute österreichische Beschäftigungssituation ist nicht erlogen und nicht erkaufte, sondern ein Faktum unserer wirtschaftlichen Realität. Wenn Österreich also im Wahlkampf als „abgesandelt“ bezeichnet wird, dann sagt das mehr über die UrheberInnen dieser Aussage, als über die wirtschaftliche und soziale Situation in der Republik. Diese ist nämlich – vor allem in Anbetracht der gesamteuropäischen Lage – relativ gut. Es ist unbestritten, dass die europäische Wirtschaftspolitik vor allem im Hinblick auf die südeuropäischen Staaten einen radikalen Kurswechsel vollziehen muss um der Massenarbeitslosigkeit entgegenzusteuern. Das würde auch positive Effekte auf die Beschäftigungssituation in Österreich haben, und das Land dem Ziel der Vollbeschäftigung näher bringen. Auch wenn man von diesem Ziel noch weit entfernt ist ist es erfreulich, dass die österreichische Politik nationale Spielräume nützen konnte um Massenarbeitslosigkeit wie in anderen europäischen Staaten zu verhindern.